

Der Bayerische Ministerpräsident
Horst Seehofer
Bayerische Staatskanzlei
Franz-Josef-Strauß-Ring 1
80539 München

Datum

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Seehofer,

der geplante Verkauf der Anteile an der GBW AG durch die Bayerische Landesbank und der damit zusammenhängende Verkauf von mindestens Wohnungen in, beunruhigen uns betroffene Mieterinnen und Mieter sehr.

Noch ist nicht klar, an wen die Wohnungsbestände der GBW AG verkauft werden sollen. Die bayerische Staatsregierung hat zwar mitgeteilt, dass bei der Veräußerung auch soziale Gesichtspunkte berücksichtigt würden, jedoch handelt es sich hierbei nur um Absichtserklärungen. Ein Schutz der betroffenen Mieter vor Luxusmodernisierungen, Mieterhöhungen und Kündigungen ist damit keinesfalls garantiert.

Was wir Mieter brauchen, ist eine klare Positionierung der bayrischen Staatsregierung! Es droht der Verlust von bezahlbarem Wohnraum.

Es müssen daher schleunigst entsprechende Zusatzverträge zu den bestehenden Mietverträgen formuliert und noch rechtzeitig vor dem sich abzeichnenden Verkauf abgeschlossen werden. Vereinbarungen, die erst im Rahmen von Verkaufsverhandlungen geschlossen werden, haben nicht annähernd den Wert.

Noch ist es möglich, diese Zusatzverträge mit den betroffenen Mietern abzuschließen. Die Mieter hätten dann Rechtssicherheit über ihren Verbleib und die Mietpreisentwicklung. Ein entsprechender Formulierungsvorschlag des Mieterverein München e. V. liegt Ihnen bereits vor.

Konkret sollten die Verträge folgendes beinhalten:

1. Ein lebenslanges Wohnrecht
2. Einen Umwandlungsverzicht für mindestens 15 Jahre
3. Eine Reduzierung der Kappungsgrenze auf 15% in 3 Jahren und der Einbezug der Erhöhungen nach § 559 BGB in die Kappungsgrenze
4. Eine Einschränkung von Modernisierungen

Wir bitten Sie daher, schnellstmöglich zu handeln und auf den Abschluss von Zusatzverträgen zu drängen.

Wir Mieter haben große Sorge um unseren Wohnraum.
Deshalb wenden wir uns nun an Sie!

Mit freundlichen Grüßen